Gestaltungsaufgaben: Europa weiterdenken

Was wir brauchen ist eine robustere Demokratie, in der Bürgerinnen und Bürger sich nicht einschüchtern lassen und nicht auf die Errungenschaften einer Europäisierung der Nationalstaaten verzichten wollen. Ein Nachdenken über Alternativen zu klassischen Wahlen darf nicht kategorisch ausgeschlossen werden. Wir wissen um die Grenzen repräsentativer Demokratie und machen unsere irritierenden Erfahrungen mit den europapolitischen Auswirkungen von Referenden. Eine Technokratie der Experten kann ebenfalls nicht die Lösung sein. Deshalb ist neu auszuloten, was es in den heutigen Kräfteverhältnissen in Europa bedeuten könnte, mehr Demokratie zu wagen.

Was unsere Gesprächs- und Streitkultur betrifft, so stehen wir auch erst am Anfang einer klugen und nachhaltigen Entzauberung des Populismus, dessen pauschale Verteufelung kein einziges Problem löst. Berechtigte Ängste sind ernst zu nehmen und nicht durch eine Bürgerkriegsrhetorik noch weiter anzufeuern. Viele Herausforderungen stehen ja erst noch bevor, wenn der Migrationsdruck nicht geringer wird und Europa sich auf konsensfähige Einwanderungsregeln und eine kohärente Außenpolitik verständigen muss. Wird es gelingen, ein positives Wir-Gefühl der Bewohner Europas zu entwickeln, in dem Strukturen einer offenen transnationalen Gesellschaft entstehen und in dem Solidarität unter Fremden und mit Fremden und nicht gegen Fremde wieder eine Chance hat? Wird es gelingen, die Religionen in Europas Zivilgesellschaft so zu zivilisieren, dass sie Teil von Lösungen werden und nicht immer nur als Probleme angesehen werden?

Viele Menschen sorgen sich um die Zukunftsfähigkeit einer kosmopolitisch und menschenrechtlich fundierten EU. Graswurzelbewegungen wie *Pulse of Europe* plädieren dafür, Europa erlebbar und erzählbar zu machen – nicht nur als ein Europa der Intellektuellen und der Strategen eines *master narrative*, das die Menschen verbindet. ■

■ Es sollte zu denken geben, dass sich populistische Parteien europäischer Strukturen bedienen, um ihren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Die Populisten – Von den Rändern ins Zentrum der Macht

Zum Verhältnis des Populismus zur liberalen Demokratie

■ REINHARD HEINISCH

1 Einleitung

Sei es die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die italienische Lega Nord (LN), der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán oder der amerikanische Präsident Donald Trump – sie alle verdeutlichen den Aufstieg populistischer Kräfte und den eklatanten Machtverlust der politischen Mitte in westlichen Demokratien. Trotz bedeutender Unterschiede zwischen den Populisten sind sie in ihrem emotionalen Appell an das *wahre*, aber *vergessene Volk* vereint, und befeuern dabei Wut, Furcht und Missgunst; Wut gegenüber *die da oben*, die vermeintlich *böse und korrupte Elite*, Furcht vor *den Anderen*, die nicht als zum eigenen Volk gehörend definiert werden, und Missgunst gegenüber denen, die angeblich dem einfachen Volk Schaden zufügen wollen.

Die jüngsten Erfolge populistischer Kräfte in Europa gehen oftmals einher mit einem Verfall der politischen Sitten und einer

Reinhard Heinisch ist Universitätsprofessor für Österreichische Politik in vergleichender europäischer Perspektive an der Universität Salzburg, wo er auch als Leiter der Abteilung Politikwissenschaft fungiert.

■ Zentral ist der ständige Bezug auf eine abstrakte und nicht näher definierte Konzeption vom Volk, welches weitgehend als eine homogene Einheit ohne Klassen- und Interessensunterschiede dargestellt wird.

Verrohung des politischen Diskurses, und die soziale und politische Polarisierung bedroht zunehmend den Zusammenhalt demokratischer Gesellschaften. So werden politische Gegner zu Feinden und Verrätern des Volkes ernannt, die es zu vernichten gilt, da sie dem *wahren Volkswillen* widersprechen. Ein früher Vertreter dieses Trends und ehemaliger Vorsitzender der FPÖ, Jörg Haider, sprach von „roten und schwarzen Filzläusen, die mit Blausäure bekämpft werden sollten" (Lackner et al. 1994). Donald Trump rief im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf dazu auf, seine demokratische Gegenkandidatin Hillary Clinton einzusperren, und bei so mancher Demonstration der fremdenfeindlichen PEGIDA in Dresden fanden sich Plakate, die der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel den Galgen wünschten.

[…]

2 Was ist Populismus und was macht Populisten so erfolgreich?

Populismus wird entweder als *politischer Stil* (Jagers und Walgrave 2007; Moffit und Tormey 2014), als *Mobilisierungsstrategie* (Laclau 2005; Weyland 2001) oder als *‚dünne' Ideologie* definiert (Mudde 2004; Mudde und Rovira Kaltwasser 2017). Typische Stammtisch-Politiker nutzen *Populismus als politischen Stil*, um mit überzogenen Behauptungen und stilistischen Dramatisierungen, radikale Aussagen und Forderungen zu untermauern. Viele amerikanische Wahlkämpfe waren von dieser Rhetorik geprägt, und auch CSU-Politiker wie Franz Josef Strauß nutzten Populismus als politisches Stilmittel. Dennoch würde man nicht vermuten, dass damit auch die demokratischen Institutionen und Regeln in Frage gestellt werden. Unter einer *populistischen Strategie* versteht man, wenn eine an sich nicht populistische Partei, eine auf emotionale Mobilisierung abzielende Kampagne organisiert und dabei mit radikalen Übertreibungen und Polarisierung arbeitet, um bestimmte politische Ziele zu erreichen. Auch dies mag durchaus verwerflich und irreführend sein, ist jedoch vom Populismus als Ideologie zu unterscheiden.

Politische Parteien und Politiker werden dann als populistisch definiert, wenn der Populismus als Bestandteil ihrer Ideologie fungiert. Die *Ideologie des Populismus* definiert sich hierbei über den grundsätzlichen Glauben an einen Gegensatz zwischen dem *guten Volk* und der *bösen und korrupten Elite* (Heinisch und Mazzoleni 2017; Mudde 2004). Zentral ist hierbei der ständige Bezug auf eine abstrakte und nicht näher definierte Konzeption vom Volk, welches weitgehend als eine homogene Einheit ohne Klassen- und Interessensunterschiede dargestellt wird. Es handelt sich somit um eine breite amorphe Masse, die einen gemeinsamen *Volkswillen* vertritt, den die Populisten vorgeben zu verstehen. Diesem nebulösen Volksbegriff steht auf der anderen Seite ein ebenso diffuser Feindesbegriff gegenüber, der sich auf die Eliten und Außengruppen bezieht, die das Volk bedrohen und um seine Souveränität berauben wollen. Diese Eliten sind wahlweise die politische Klasse, die Regierung, die etablierten Parteien, die liberalen Medien, die Manager und Bankiers oder die Europäische Union. Zu den Volksfeinden zählen je nachdem auch Außenseitergruppen wie Minderheiten, Immigranten, Muslime oder Juden, oder wer sonst als außerhalb der *Volksgemeinschaft* stehend wahrgenommen wird. Um das Volk vor der vermeintlichen Ausbeutung durch die Eliten und Volksfeinde zu schützen, vertreten Populisten Maßnahmen, die glaubhaft einen radikalen Wandel und die Durchsetzung des allgemeinen Volkswillens versprechen sollen.

[…]

Rechtspopulisten sind auch nicht unbedingt *radikal* rechts, zumindest in dem Sinne, dass sie besonders dogmatisch wären. Im Gegenteil, Populisten agieren oftmals höchst opportunistisch und passen ihre Aussagen und politischen Forderungen sehr flexibel an den aktuellen Diskurs und Ereignisse an. Je nach Thema sind die Feinde mal die kriminellen Ausländer, dann wieder die korrupten Bankiers und Politiker. Die

programmatische Widersprüchlichkeit von Populisten verdeutlicht sich auch in der Doppelmoral, mit der einige Themen behandelt werden; mal werden die *linksgrünen FeministInnen* beschuldigt, Frauen unnatürliche Werte einzureden und einen Genderwahn zu verfolgen, dann wiederum sind es der Islam und Muslime, die *unsere* emanzipierten Frauen und freiheitliche Gesellschaftsordnung bedrohen. Diese flexible und dünne Programmatik ist zugleich Schwachpunkt und Stärke der Populisten. Einerseits geraten Populisten oft in Bedrängnis, wenn sie nach konkreten Vorschlägen z.B. zur Digitalisierung oder Rentenreform befragt werden, und versuchen stattdessen, den Diskurs auf ihre Kernthemen wie Migration, Islam und die Ausbeutung des kleinen Bürgers zu lenken. Andererseits ermöglicht diese elastische Positionierung den Populisten, möglichst breite Wählergruppen anzusprechen und für Wahlen zu mobilisieren, was durch die Bereitschaft zu unkonventionellen Politikformen und Politikern neuen Typs zusätzlich verstärkt wird. Dennoch führen diese programmatischen Widersprüche oft zu Problemen, vor allem wenn Populisten in Regierungsverantwortung kommen und diese Versprechungen umsetzen müssen.

[…]

3 Zum Verhältnis des Populismus zur liberalen Demokratie

Zum einen ist der Populismus *anti-politisch* und *anti-pluralistisch*, weil das Volk als geschlossene Einheit mit einer einheitlichen Meinung dargestellt wird. All diejenigen, die eine andere Position vertreten, sind erklärte Gegner des Volkes, denen keine politische Legitimität zugestanden wird. Politische Kompromisse gelten als Verrat und politische Gegner werden als Feinde deklariert, was wiederum die typische Kooperation über Parteigrenzen hinweg praktisch unmöglich macht und zu dauerhaften Koalitionen moderater Kräfte führt, weil die Zusammenarbeit mit den Radikalen schwieriger ist. Eine daraus resultierende Folge ist die zunehmende Wahl zwischen gefühltem Stillstand und radikalem Systemwechsel – ein Zustand, der sich in Österreich vor der Nationalratswahl 2017 und mittlerweile auch seit einigen Jahren in Deutschland beobachten lässt.
Populisten fordern zunehmend einen radikalen Wandel von der repräsentativen hin zur direkten Demokratie, womit die stille Hoffnung verknüpft ist, Rechtsstaat und Medien in den Griff zu bekommen. Der Populismus stellt sich dabei vor allem gegen demokratische Kontrollmechanismen und -institutionen, wie Journalisten und unabhängige Medien, Verfassungsgerichte und eine unabhängige Justiz sowie NGOs und internationale Organisationen.

[…]

In den meisten Fällen kommt es jedoch nicht zu den versprochenen radikalen Veränderungen zugunsten des *kleinen Mannes,* sondern in erster Linie zu symbolischer Politik. Mit großen Gesten werden Pseudomaßnahmen ergriffen, die scheinbar mit bisherigen Gepflogenheiten aufräumen, aber in der Substanz wenig Wirkung zeigen. So betreffen beispielsweise die Kürzungen der Sozialleistungen für Ausländer und so genannter Sozialschmarotzer vor allem die untere Mittelschicht und damit viele derjenigen, die populistische Parteien wählen. Sobald jedoch die Kontrollmechanismen unabhängiger Gerichte, der Medien und der Oppositionsparteien ausreichend geschwächt sind, gedeiht im Umfeld populistischer Machteliten ein System von Korruption und Günstlingswirtschaft, wie ein Blick auf das Ungarn unter Orbán, die Entwicklungen unter den italienischen Populisten, das Umfeld von Donald Trump oder das System von Jörg Haider im österreichischen Kärnten zeigt.

Die Politik der einfachen Lösungen und des Bauchgefühls erweist sich in der Regel nicht als zielführend. Das zeigt die Ankündigung von Donald Trump, dass Handelskriege etwas Gutes seien und leicht zu gewinnen sind, oder das Versprechen der Brexit-Befürworter, dass die Briten zukünftig 350 Millionen Pfund an wöchentlichen

■ Populisten fordern einen Wandel von der repräsentativen hin zur direkten Demokratie, womit die Hoffnung verknüpft ist, Rechtsstaat und Medien in den Griff zu bekommen.

Beiträgen an die EU einsparen würden. Um von diesem politischen Scheitern abzulenken, mobilisieren Populisten gegen innere und äußere Feinde. Orban wettert in schlimmster antisemitischer Rhetorik gegen George Soros, und Donald Trump nicht nur gegen die Medien, sondern sogar gegen seine eigenen Behörden. In jedem Fall muss man konstatieren, dass sich populistische Parteien und Bewegungen von den Rändern ins Zentrum der politischen Macht bewegen. Ihr Stimmenanteil steigt von Wahl zu Wahl an und man rechnet damit, dass im nächsten Europäischen Parlament mehr als 25 Prozent der Sitze von euroskeptischen und populistischen Parteien eingenommen werden. Daher sollte die von Populisten ausgehende Bedrohung für die liberale Demokratie und die Europäische Union nicht durch Nachahmung weiter verstärkt, sondern durch konkrete Gegenentwürfe versucht werden, ihnen die Grundlage ihrer Unterstützung zu entziehen. ■

Zwischen Wunschbild und Feindbild

Vom Gebrauch der Grenze

■ ANDREA KOMLOSY

Andrea Komlosy
ist Professorin am Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Wien. Sie arbeitet zu Fragen ungleicher Entwicklung im lokalen, regionalen, nationalen und globalen Kontext.

Die tiefe Spaltung der europäischen Gesellschaft in eine GRENZEN ZU und eine NO BORDER Fraktion bringt die Aktualität des Themas zum Ausdruck, die sich durch alle weltanschaulichen Lager zieht. Was die Protagonisten über die Grabenkämpfe hinweg eint, ist die große Bedeutung, die beide Seiten der Grenze beimessen. Einmal als ein Instrument, das an der Staatsgrenze, der EU-Außengrenze oder ubiquitär überall dort, wo böse Fremde vermutet werden, hochgezogen werden soll, um so die sozialen Errungenschaften, die kulturellen Eigenschaften, die Sicherheit und das vermeintlich friedliche Zusammenleben der Einheimischen zu gewährleisten. Auf der anderen Seite wird die Grenze selbst zum Feindbild stilisiert, die die Freiheit des Austauschs, der Bewegung und des Aufenthalts bedroht und durch das Wunschbild des freien Pulsierens von Menschen, Waren, Kulturen und Werten ersetzt, das durch Vermischung Bereicherung und Auffrischung bringt. Freilich wird auch das aus der Perspektive der westeuropäischen Einwanderungs- und Asyllandgesellschaften gesehen, und genau diese selbstbezogene Perspektive, ob xenophob oder xenophil, ist es, die die beiden Lager eint: beide instrumentalisieren die Grenze in Hinblick darauf, wie sie – durch Fortifikation oder durch Abbau – dem Wohlergehen der eigenen Gesellschaft bzw. der jeweiligen Vision davon nutzt.

Grenze als Wunschbild und Feindbild

Es handelt sich beim Wunschbild Grenze und beim Feindbild Grenze um eine unglaubliche Überbewertung dessen, was Zäune, Mauerbau, Passerteilung, Visa, Einwanderungs-, Arbeitsmarkt- oder Asylquoten bzw. ihre Abschaffung bringen können. In die Grenze werden ebenso wie in die Grenzenlosigkeit Hoffnungen projiziert, die diese niemals erfüllen können. Umgekehrt stellt Grenze tatsächlich Mechanismen bereit, mit denen Staaten und Staatenbünde wirtschaftliche und politische Weichen stellen und Vor- und Nachteile für Bürger und Arbeitskräfte erwirken können. Wer welche Politik der Grenze als vorteilhaft erachtet, hängt stark von der sozialen Lage und wirtschaftlichen Tätigkeit ab: Interessensvertretungen von Unternehmern, Lohnabhängigen, aber auch von bestimmten Branchen oder Regionen setzen die Regierungen unter Druck, ihre Interessen umzusetzen. Auch MigrantInnen